

Das Potenzial von Migranten nutzen

Mit dem Projekt «Teil-haben statt Geteilt-sein» wollte die Hochschule Luzern die aktive politische und gesellschaftliche Partizipation von Migrantinnen und Migranten fördern. Vier Luzerner Gemeinden haben mitgemacht und individuelle Lösungen entwickelt. Ihre Erfahrungen und Erkenntnisse können anderen Kommunen mit ähnlichen Vorhaben dienen. Von Rebekka Ehret*

Nimmt die ausländische Bevölkerung am politischen und gesellschaftlichen Leben in der Schweiz teil, übernimmt sie Verantwortung und wird damit zu einem Teil der Gesellschaft. «Die politische Partizipation ist wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein zentraler Bestandteil der gesellschaftlichen Integration», schreibt die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen (EKM) auf ihrer Website.

Das Departement Soziale Arbeit der Hochschule Luzern hat im Jahr 2011 das Projekt «Teil-haben statt Geteilt-sein» gestartet mit dem Ziel, die politische und gesellschaftliche Partizipation von Migranten in Luzerner Gemeinden zu aktivieren und deren Potenzial zu nutzen. Das Projekt wurde von der EKM im Rahmen von «Citoyenneté» (siehe Box «Bund fördert Citoyenneté») finanziell unterstützt. Beteiligt waren vier Gemeinden mit Zentrumsfunktion in unterschiedlichen Planungsregionen des Kantons Luzern: Hochdorf, Willisau, Wolhusen und die Stadt Luzern.

Unter Einbezug der Zielgruppen, der lokalen Behörden und der Fachstelle für die Beratung und Integration von Ausländerinnen und Ausländern («FABIA») in Luzern wurden in den einzelnen Kommunen Massnahmen erarbeitet und umgesetzt. Entwickelt wurden die Vorhaben somit von «innen heraus», die spezifischen Bedürfnisse und Anliegen wurden aufgenommen. Die Verantwortlichen auf Seite der Hochschule

Luzern steuerten den Prozess insofern, als sie darauf achteten, dass die Projektausrichtung den Zielen der «Citoyenneté» verhaftet blieb.

Individuelle Ansätze

Unter dem Anspruch, die aktive politische Mitwirkung von Zugezogenen zu fördern, entwickelten sich die Projekte in den vier beteiligten Gemeinden in verschiedene Richtungen:

zur Verfügung stellt, dem wird diese Arbeit bei der Einbürgerung angerechnet.

■ In **Wolhusen** stand mit dem Projekt «Menschen VEREINEN» die Frage im Zentrum, wie Migranten für das Vereinsleben in der Gemeinde motiviert werden können. Die schon gut funktionierenden Freiwilligenorganisationen kamen ungeachtet der Staatsangehörigkeit zusammen, um neue Strategien für die Teilnahmemöglichkeiten im lokalen Vereinsleben zu entwickeln und diese direkt in einem Leitfaden für lokale Vereine zusammenzufassen.

■ Der jährlich stattfindende Neuzuziehendenanlass in **Hochdorf** wurde um die Dimension Mehrsprachigkeit ergänzt: Am Anlass übernehmen zweisprachige, schon länger niedergelassene Personen die Rolle von Dolmetschern, erzählen von ihrer Ankunft in Hochdorf und geben nützliches Wissen weiter.

■ Die Stadt **Luzern** hat als erste Gemeinde in der Schweiz die sogenannte C-Feier eingeführt, eine Feier für Einwohner mit einer Niederlassungsbewilligung (C-Ausweis). Jährlich können diese Personen in festlicher Atmosphäre ihr Wissen um die Mitverantwortung erweitern, austauschen und reflektieren (*mehr dazu im «Nachgefragt» auf Seite 66*).

Die vier Gemeinden haben sich anschliessend in einem gemeinsamen Projekt über die guten und weniger guten Er-



■ Unter dem Motto «In Willisau Tandemfahren» begleiten und unterstützen in der Gemeinde **Willisau** erfahrene Personen mit einer Migrationsgeschichte Neuzuzüger mit ähnlichem Migrationshintergrund. Die Kontaktaufnahme zu den ausländischen Personen erfolgt über die Spielgruppe. Wer sich als Tandemfahrer

Den Kreis gezielt erweitern: Indem der Staat die politische und gesellschaftliche Partizipation von Migranten fördert, erleichtert er ihnen auch die Integration.

Bild: Friedberg/Fotolia

fahrungen ausgetauscht und diese in einer Broschüre zusammengefasst, die sich auch an andere interessierte Gemeinden richtet (siehe Infobox auf Seite 66).

Niederschwellige Angebote

Als Fazit kann festgehalten werden: Alle vier Gemeinden erlangten eine Stärkung der Verwaltung im Umgang mit Vielfalt, die Zielgruppen konnten wirkungsvoll erreicht werden und die Migrationsbevölkerung ist vermehrt in die Meinungsbildungsprozesse und damit in eine verstärkte Mitverantwortung einbezogen worden. Ausgehend von den vier Projekten zeigt sich auch, dass eine gepflegte Willkommenskultur lohnenswert ist. Sie legt eine gute Basis für die nachhaltige Etablierung des lokalen Zugehörigkeitsgefühls und bekräftigt die Ernsthaftigkeit der Botschaft seitens der Behörden. Ein gelungenes Beispiel für diese Willkommenskultur ist eine jährliche Veranstaltung für die Neuzugezogenen. Wichtig ist, dass die Veranstaltung mehrsprachig durchgeführt wird. Auch Veranstaltungen für Ausländer, die über einen C-Ausweis verfügen, erweisen sich als gute Möglichkeit, Personen für eine zukünftige aktive Beteiligung am Gemeinwesen zu motivieren. An einem solchen Anlass wird die konkrete politisch-gesellschaftliche Partizipation erfahren und die Teilnehmenden sehen, wie gross das Potenzial für eine gemeinsame Mitverantwortung ist.

Neben der Sensibilisierung auf der strukturellen Ebene ist auch diejenige auf der gesellschaftlichen wichtig. In den Fokus genommen werden kann zum Beispiel das Vereinsleben, wo Mitglieder aus lokalen Vereinen mit sozial engagierten Migranten zusammengebracht werden. Der Ideenaustausch hilft, Barrieren abzubauen und das Bewusstsein für das gemeinsame verantwortungsvolle Zusammenleben im Gemeinwesen zu fördern.

Ein weiterer bedeutender Aspekt ist die Niederschwelligkeit der Angebote und der respektvolle Umgang mit Wissen und konkreten Erfahrungen von Ausländern.

Bekanntnis von «oben» nötig

Wenn man nicht eingebürgerte Migranten an politisch und gesellschaftlich relevanten Meinungsbildungsprozessen



In Willisau «Tandemfahren»: Eine Projektgruppe erfahrener Personen mit Migrationshintergrund unterstützt Neuzuzüger bei der Integration (Bild oben). Der Kontakt wird über die Spielgruppe hergestellt (Bild unten). Bild: Erna Bieri/Monika Kurmann

beteiligen will, braucht es Offenheit für neue Ideen, gute und stabile Netzwerke, lokales und praxisnahes Wissen, interkulturelle Austauschmöglichkeiten und das Vertrauen in gegenseitige Lernprozesse. Das alles braucht Zeit. Es spielt keine Rolle, wie gross die Gemeinde und wie hoch der prozentuale Anteil an Personen mit Migrationshintergrund ist. Eine grosse Bedeutung kommt hingegen dem politischen und behördlichen Bekenntnis zu. Der Gemeinde- oder Stadtrat muss sich dazu bekennen, dass sich Einheimische und Zugezogene gleichermaßen daheim fühlen sollen. Es braucht also die Unterstützung von «oben». Es braucht aber auch das Tragen von «unten». Eine gemeinsame Mitverantwortung entsteht längerfristig nur dann, wenn Migranten nicht auf ihre Herkunftskultur reduziert werden, sondern wenn ihr individuelles Erleben des Ankommens und sich Niederlassens, Zurechtfindens und Orientierens im Alltag als Ressource geschätzt wird. Nötig ist eine echte Zusammenarbeit zwischen der einheimischen Bevölkerung und den ausländischen Bewohnern.

Drei theoretische Linien

Thematisch wurden die Gemeinden in allen Projekten dort abgeholt, wo sie mit ihren Bedürfnissen standen. Die konkreten Vorgehensweisen und die inhaltliche Steuerung jedoch sind theoretisch geleitet und reflektiert. Für das vorliegende angewandte Forschungsprojekt waren drei theoretische Linien massgeblich:



Erstens das Stakeholdership-Prinzip nach Rainer Bauböck, einem Politikwissenschaftler mit Interesse an der normativen politischen Theorie und an den Ideen des Philosophen und Soziologen Jürgen Habermas zur deliberativen Politik. Bauböcks Konzept von «Stakeholdership» zielt darauf ab, «jenen Personen

Bund fördert «Citoyenneté»

Die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen (EKM) fördert Vorhaben und Projekte, die Ausländern neue Partizipationsmöglichkeiten erschliessen. Dieses Engagement erfolgt in der Überzeugung, dass «erfolgreiche Integration durch die gesellschaftliche Teilhabe und Teilnahme ermöglicht wird», wie es auf der Website der EKM heisst. Die Kommission orientiert sich dafür am Konzept der «Citoyenneté». Dabei geht es vor allem darum, die aktive politische Mitwirkung und Mitverantwortung der Gesamtbevölkerung ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit zu fördern und geeignete Massnahmen dafür vor Ort umzusetzen.

Weitere Informationen: www.ekm.admin.ch

C-Feier in Luzern: An diesem Anlass können Einwohner mit einer Niederlassungsbewilligung (C-Ausweis) in festlicher Atmosphäre ihr Wissen um die Mitverantwortung reflektieren.

Bild: Kairat Birimkulov



einen Anspruch auf Staatsbürgerschaft zu gewähren, deren Lebensumstände ein dauerhaftes Interesse am Gemeinwohl einer bestimmten politischen Gemeinschaft begründen».

Zweitens waren die Erkenntnisse zum «methodologischen Nationalismus» in der Migrationsforschung leitend. Aus der selbstkritischen (Wissens-)Soziologie kommend, zeigen diese die Risiken auf, wenn die Untersuchungseinheit empirischer und theoretischer Ungleichheitssoziologie gleich der «Gesellschaft» als nationalstaatlich organisierte und begrenzte Einheit konstruiert ist.

Drittens waren auch die Ergebnisse aus der «Kritischen Theorie» für die Sozialen Arbeit nach Maurice Moreau bedeutend. Sein emanzipatorischer Ansatz, genährt durch feministische und antidiskriminatorische Perspektiven, fokussiert strukturelle und nicht persönliche Erklärungsmodelle für soziale Probleme und propagiert als Strategie die «Animation», um die Personen vor Ort in kollektiven Aktivitäten für das Gemeinwohl zu involvieren.

* Rebekka Ehret ist Dozentin und Projektleiterin im Departement Soziale Arbeit an der Hochschule Luzern.

Info



Eine Broschüre fasst die Projekte und die Erkenntnisse aus «Teilhaben statt Geteiltsein» zusammen. Die Publikation kann auf der Website der Eidgenössischen

Kommission für Migrationsfragen EKM in der Rubrik «Projekte – Citoyenneté – abgeschlossene Projekte» heruntergeladen werden: www.ekm.admin.ch

Nachgefragt bei

... Madina Klassen

Wie ist man in Luzern auf die Idee gekommen, einen jährlichen Anlass für Migranten zu schaffen, welche eine C-Bewilligung erhalten haben?

Angeregt wurde die Idee einer Feier für neu Niedergelassene durch einen Vorstoss im Grossen Stadtrat (*Legislative, Anm. d.Red.*). Darin wurde gefordert, die Wahl- und Abstimmungsunterlagen an niedergelassene Ausländer und Ausländerinnen abzugeben. Bei der Prüfung kamen wir jedoch zum Schluss, dass das Interesse an politischer Partizipation mit anderen Mitteln geweckt werden sollte. So kamen wir mit Unterstützung der Abteilung Soziale Arbeit der Hochschule Luzern auf die Idee, dass Ausländern, die sich bereits engagieren, zum Beispiel in der Politik, im Quartier, in einer sozialen Institution, im Sport oder im Kulturbereich, ihre Erfahrungen an einem Anlass persönlich weitergeben können. Im direkten Kontakt mit anderen Migranten werden neu Niedergelassene so zur gesellschaftlichen Mitwirkung motiviert.

Wie oft wurde der Anlass schon durchgeführt?

Der erste Anlass fand im März 2013 statt. Der zweite Anlass wird im Juni 2014 durchgeführt. Der Anlass wird genutzt, um auf die neuen Mitwirkungsrechte hinzuweisen: neu sollen auch Personen mit einem C-Ausweis Vorstösse zuhanden des Parlaments einreichen können. Am 9. Februar 2014 hat die Luzerner Bevölkerung dieser Änderung zugestimmt. Das Modell ist schweizweit einmalig.

Wie ist die Resonanz auf den Anlass seitens der Teilnehmer?

Am ersten Anlass nahmen erfreulicherweise 60 Personen teil. Sie zeigten sich sehr interessiert am Austausch über die verschiedenen Mitwirkungsmöglichkeiten. Ein Teilnehmer hat sich nach der Veranstaltung mit dem Wunsch gemeldet, bei der Organisation der nächsten Veranstaltung mitzuwirken. Dies ist ein sehr schönes Zei-



Madina Klassen ist Fachmitarbeiterin Integration der Stadt Luzern. Sie hat bei der Entwicklung und der Umsetzung der C-Feiern für Migranten, welche eine Niederlassungsbewilligung erhalten haben, mitgearbeitet.

chen angesichts unseres Ziels, dass die niedergelassenen Ausländer ihr Potenzial vermehrt in der Gesellschaft einbringen.

Was bedeutet die Feier für das Verhältnis zwischen Migranten und dem Schweizer Staat?

Einwohner, die sich für ihr Wohnumfeld interessieren, dieses vielleicht sogar mitgestalten und somit Verantwortung tragen, sind für Luzern wichtig. Dabei will die Stadt auch das Potenzial der Migrationsbevölkerung nutzen. Daher fördern wir eine aktive Willkommenskultur und organisieren neu auch die C-Feier für niedergelassene Ausländer.

Wie geht man als Stadt oder Gemeinde ein Projekt wie die C-Feiern an?

Das Projekt war Teil des Modellvorhabens Citoyenneté, welches von der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen unterstützt und in Zusammenarbeit mit der Hochschule Luzern entwickelt wurde. Zum Erfolg haben wesentlich die Schlüsselpersonen beigetragen. Dies sind Menschen mit Migrationshintergrund, die bereits Erfahrungen in Freiwilligenarbeit oder sozialem Engagement haben und somit eine Vorbildfunktion einnehmen. (mrm)